



„Dreikönigstreffen im Bordell“

Die Corona-Pandemie hat die Prostitutionsbranche besonders hart getroffen. Nachdem die Bordelle länger geschlossen waren als vergleichbare Branchen und sie die Öffnung – trotz funktionierender Hygienekonzepte - juristisch erstreiten mussten, sind sie erneut geschlossen seit dem 02. November 2020.

Sexarbeiter*innen haben ihren sicheren und hygienischen Arbeitsplatz verloren und wenn sie z. T. wegen fehlender staatlicher Unterstützung trotzdem weiterarbeiten müssen, geschieht dies in bedeutend unsicheren Situationen.

Frau Leni Breymaier, SPD-Bundestagsabgeordnete und andere, haben diese für alle schweren Zeiten zum wiederholten Male genutzt, um Lügen zu verbreiten. Damit wollen sie offensichtlich ein Klima schaffen, um ihrer Forderung nach einem Sexkaufverbot Ausdruck zu verleihen.

Frau Breymaier erklärte im Artikel der Funke Mediengruppe „Corona-Krise: Steuermillionen für Bordellbetreiber“ vom 02.12.2020 u. a. pauschal:

- „*Es könne nicht sein, dass der Staat Kriminelle unterstützt, indem er Steuergeld an Bordelle ausreicht, in denen Frauen zur Prostitution gezwungen werden und es zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt.*“
- „*Es geht hier um massive Gewalt, Misshandlung und Ausbeutung von Frauen.*“
- „*....„aber Zwang ist die Regel“. Viele Frauen müssten 20 bis 30 Freier pro Tag bedienen und dürften keinen ablehnen, sonst würden sie von ihrem Zuhälter „windelweich“ geschlagen.*“

Über 50 Bordellbetreiber*innen haben sich deutschlandweit zusammengeschlossen. Vertreten sind kleine und große Wohnungsbordelle, Laufhäuser, Bars, Tabledance-Bars, Fensterprostitution, Terminwohnungen und BDSM- und Massage-Studios. Am 28. 12. bzw. 30. 12. 2020 reichten sie Strafanzeige gegen Frau Breymaier wegen Vergehen nach § 164, StGB, § 186 StGB und § 187 StGB bei den Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg und Berlin ein. Weitere werden folgen.

S. Goretzki/Bordellbetreiberin aus Berlin: *„Frau Breymaier zeigt mit ihren undifferenzierten Behauptungen einmal mehr, dass sie keine Ahnung von der Sexbranche hat und nur Lügen verbreiten kann.“*

O. Frassa/Bordellbetreiber aus Hamm: *„Wir sind ein Familienbetrieb und arbeiten seit Jahren eng mit den Behörden zusammen. Alle fühlen sich bei uns wohl.“*

Nadine Maletzki/Bordellbetreiberin aus Frankfurt/Main: *„Im Rahmen des Erlaubnisverfahrens nach dem ProstSchG haben mich die Behörden umfangreich geprüft. Alle Vorgaben wurden von mir erfüllt. Ich wehre mich dagegen, als Kriminelle bezeichnet zu werden.“*

N. Kekenj/Bordellbetreiber aus Freiburg: *„Ich halte mich an Gesetz und Recht und lasse mich von Frau Breymaier nicht weiter beleidigen und verunglimpfen. Ich bin immer meiner Steuerpflicht nachgekommen. Also stehen mir jetzt auch die staatlichen Corona-Unterstützungen zu.“*

In einem ordentlichen Gerichtsverfahren soll die Schuld von Frau Breymaier festgestellt werden.